

CARMEN LUDWIG

FÜR MEHR SOZIALE RECHTE IN SÜDAFRIKA

GEWERKSCHAFTSVERBAND COSATU FORDERT RADIKALE UMWERTEILUNG

In Südafrika, das 18 Jahre nach dem Ende der Apartheid weltweit eines der Länder mit der massivsten sozialen Ungleichheit ist, nehmen die sozialen Konflikte drastisch zu. Im September hat der größte Dachverband der südafrikanischen Gewerkschaften, COSATU (Congress of South African Trade Unions), auf seiner Hauptversammlung die politischen Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Mit einer Reihe von Beschlüssen machten die Gewerkschaften deutlich, dass sie weiterhin für eine radikale Umverteilung kämpfen werden, um nach den politischen Freiheiten endlich auch den sozialen Rechten im Land mehr Geltung zu verschaffen. Zu den zentralen Forderungen gehört die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, insbesondere der Platin- und Goldminen, die Südafrikas ökonomisches Rückgrat bilden. Die Beschlüsse haben jedoch nur dann einen Wert und eine Aussicht auf Durchsetzung, wenn COSATU sich weiterhin als unabhängige Stimme der Arbeiterbewegung und der Marginalisierten versteht und deren Interessen gegenüber der Regierung entschlossen vertritt.

Der Kongress von rund 3000 Delegierten fand in einer ausgesprochen heißen politischen Phase statt. Die Tagung stand einerseits unter dem Eindruck eines im Juli begonnenen wilden Streiks in der Lonmin-Mine in Marikana bei Rustenburg. Der Arbeitskampf hatte internationale Aufmerksamkeit erregt, nachdem die Polizei das Feuer auf die Streikenden eröffnete und dabei 34 Menschen tötete sowie 78 verletzte. Vor und nach diesem Massaker gab es weitere Todesopfer. Andererseits wird im Dezember auf dem Parteitag des African National Congress (ANC) in Mangaung das wichtige Amt des Parteivorsitzes neu besetzt und damit voraussichtlich auch der zukünftige Präsidentschaftskandidat des ANC bestimmt. Der Kongressauftakt am 17. September wurde von Spekulationen in der Presse begleitet, ob und von wem der amtierende COSATU-Präsident Sdumo Dlamini sowie der Generalsekretär Zwelinzima Vavi herausgefordert werden könnten. Die beiden Führungspersonen stehen für einen unterschiedlichen Kurs, der jeweils von einem Teil der Mitgliedsgewerkschaften unterstützt wird: Während Vavi als Kritiker der Regierung gilt, ist Dlamini eher für leisere Töne gegenüber dem ANC und für die Unterstützung einer zweiten Amtszeit von Präsident Jacob Zuma bekannt. Um zu verhindern, dass der Gewerkschaftskongress vor allem durch Wahlen und Personalquerelen dominiert und gelähmt wird, fanden einen Tag vor Beginn intensive Beratungen zwischen den verschiedenen Fraktionen statt. Entsprechend spürbar war die Erleichterung unter den meisten Delegierten, als man am ersten Tag der Konferenz das Ergebnis dieser Verhandlungen verkündete:

Es sollte keinerlei Gegenkandidaten geben, die die Wiederwahl der alten Führung hätten gefährden können. Besonders Vavi erfreut sich bei den Delegierten großer Beliebtheit: Als ein Video über die Arbeit von COSATU in den vergangenen drei Jahren gezeigt wurde, brandete immer dann tosender Applaus unter den Gewerkschaftern auf, wenn der Generalsekretär ins Bild kam. Der Kompromiss, auf Gegenkandidaturen zu verzichten, eröffnete einerseits der Versammlung die Möglichkeit, sich auf die Diskussion politischer Fragen zu konzentrieren. Andererseits konnte er nur vorübergehend kaschieren, dass es bei dem im Vorfeld schwelenden Konflikt um mehr ging als um eine reine Personalfrage. Vielmehr stand das Selbstverständnis von COSATU als unabhängiger und kritischer Gewerkschaftsverband selbst auf dem Spiel.

KRISE – WELCHE KRISE?

Allen demonstrativen Beteuerungen der Einheit zum Trotz zeigte sich in der langen und kontroversen Diskussion um den von Vavi vorgestellten Geschäftsbericht, wie tief die Risse innerhalb des Dachverbandes tatsächlich sind. Den Hauptkonflikt stellt gegenwärtig das Verhältnis der Gewerkschaften zu ihren beiden Bündnispartnern, der South African Communist Party (SACP) und dem regierenden ANC, dar. Die 1991 von ANC, SACP und COSATU gegründete Dreierallianz ist ein Resultat des gemeinsamen Befreiungskampfes gegen das Apartheidregime und führte zu einer engen Anbindung des Gewerkschaftsdachverbandes an die beiden politischen Parteien. Insbesondere von den Beschlüssen auf dem legendä-

ren Parteitag des ANC in Polokwane 2007, die eine Korrektur des 1996 eingeschlagenen «neoliberalen Wirtschaftskurses» vorsahen, sowie dem maßgeblich von den Gewerkschaften vorangetriebenen Aufstieg von Jacob Zuma, der seit 2007 ANC-Vorsitzender und seit 2009 Staatspräsident ist, hatte sich COSATU einen Linksruck im ANC und eine stärkere Mitsprache bei politischen Richtungsentscheidungen erhofft. Diese Erwartung ist jedoch weitgehend enttäuscht worden, so dass die Spannungen zwischen COSATU und dem ANC seitdem zugenommen haben. Das Bild, das die Dreierallianz in der Öffentlichkeit bietet, ist das eines permanenten Konflikts, vor allem über die Ausrichtung der Sozial- und Wirtschaftspolitik. COSATU wirft der Regierung Zuma einen «wilden Zickzackkurs» vor, der eine Umsetzung der Beschlüsse von Polokwane verhindere. Bei dem zweiten anhaltenden Konflikt geht es um das strategische Zentrum der Entscheidungsfindung. Liegt die Entscheidungsmacht weitgehend beim ANC oder wird sie – wie von COSATU gefordert – zwischen den Bündnispartnern geteilt und ihnen somit ein größerer Einfluss auf die Regierungspolitik eingeräumt?

Nicht nur das Verhältnis der Gewerkschaften zu der vom ANC geführten Regierung ist angespannt, auch die Beziehungen zur SACP sind nicht ungetrübt. Die COSATU-Gewerkschaften sehen die SACP als die Avantgardepartei der Arbeiterklasse, eine Rolle, die sie zunehmend weniger ausfüllt. Konnte sich COSATU bislang in zentralen Fragen weitgehend auf den Rückhalt durch die SACP verlassen, ist diese in den letzten Jahren zur Unterstützerin der Regierungspolitik mutiert und hat dabei ihr eigenständiges politisches Profil weitgehend eingebüßt. Deshalb hat COSATU den SACP-Generalsekretär Blade Nzimande wiederholt dazu aufgefordert, seinen Posten als Wissenschaftsminister, den er seit 2009 innehat, aufzugeben, um sich ausschließlich seinen Parteaufgaben zu widmen. Dies hat die Spannungen zwischen den ehemals eng Verbündeten weiter verschärft.

Der gegenwärtige politische Spagat von COSATU besteht darin, weiterhin zu versuchen, die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Kooperation mit seinen beiden Bündnispartnern durchzusetzen, aber zugleich auch als oppositionelle Stimme in der Öffentlichkeit zu agieren wie zum Beispiel am 7. März 2012, als die Gewerkschaften einen der größten Generalstreiks seit dem Ende der Apartheid organisierten. Dabei legten etwa 200 000 Streikende in 32 Städten des Landes einen nicht unbeträchtlichen Teil der Wirtschaft lahm und forderten sowohl ein Verbot von Leiharbeit als auch den Verzicht auf die Einführung eines Straßenmautsystems. Auf dem Kongress von COSATU im September stand nun nicht weniger zur Disposition als die Funktion des Dachverbandes, weiterhin als kritische Stimme der Arbeiterbewegung zu fungieren. Die Kontroverse lässt sich im Kern darauf verkürzen: Wie viel Kritik an der Regierung und damit wie viel Unabhängigkeit kann und will sich der Dachverband weiterhin leisten? Sie entlud sich auf der Tagung in der Diskussion über die zunächst unbedeutend anmutende semantische Frage, ob Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit eine «Krise» oder lediglich eine «Herausforderung» darstellten. Dahinter versteckt sich aber, genauer betrachtet, eine politische Richtungsentscheidung über den zukünftigen Kurs von COSATU. Während ein Teil der Gewerkschaften um Generalsekretär Vavi und unter Führung der National Union of Metal Workers of South Africa (NUMSA) sich dafür einsetzt, die Probleme im Land offen anzusprechen und den Reformdruck auf die Regierung zu erhöhen, versucht die andere

Fraktion, angeführt von der National Union of Mineworkers (NUM), der Polizeigewerkschaft (PORCRU) und Lehrergewerkschaft (SADTU), für einen weniger konfrontativen Kurs zu werben. Dieser Teil von COSATU unterstützt eine zweite Amtszeit von Jacob Zuma und hat daher auch ein Interesse daran, die Kritik an der Arbeit der Regierung kleinzuhalten.

Allerdings geht die Bedeutung des Konflikts weit über Wahlempfehlungen und personelle Präferenzen hinaus, berührt er doch das grundlegende gewerkschaftliche Selbstverständnis und macht die Dilemmata einer engen Parteanbindung deutlich. Die Versuche der gegenseitigen Beeinflussung zwischen den Partnern in der Dreierallianz setzen sich innerhalb von COSATU fort, so dass sich die Fraktionierungen in den politischen Parteien auch immer stärker in den südafrikanischen Gewerkschaften widerspiegeln. Bislang haben es die Kräfte, die für ein stärkeres Selbstverständnis von COSATU als einem Partner der Regierung plädieren, nicht geschafft, dem Dachverband und seinem Generalsekretär Vavi einen Maulkorb anzulegen. Da der grundlegende Konflikt aber nicht beigelegt ist, steht zu erwarten, dass das Tauziehen um das Selbstverständnis und die Rolle von COSATU weitergehen wird.

Offen blieb zudem lange, ob COSATU sich für eine zweite Amtszeit von Jacob Zuma aussprechen oder sich hinter den aus dem Gewerkschaftslager stammenden potenziellen Gegenkandidaten Kgalema Motlanthe stellen würde, der sich mehr im Führungsstil als in zentralen politischen Positionierungen von Zuma zu unterscheiden scheint. Alle von NUMSA initiierten Versuche, auf dem Kongress die Diskussion um die «heiße Kartoffel» der Kandidatenfrage zu eröffnen, liefen ins Leere. Auf einer Sondersitzung des zwischen den Gewerkschaftskongressen höchsten Beschlussgremiums von COSATU, dem Central Executive Committee, wurde im Oktober nun über diese Frage entschieden: Der Dachverband hat in einer Presseerklärung inzwischen seine Unterstützung für Zuma bekannt gegeben.

«LULA-MOMENT» ODER «FREEDOM-CHARTER-MOMENT»?

«Lula-Moment» ist der Ausdruck für die auf dem Kongress wiederholt geäußerte Überzeugung, dass die Bekämpfung von Ungleichheit, Armut und Arbeitslosigkeit durch Sozial- und Wirtschaftsreformen möglich ist, wenn es innerhalb der Regierung hierzu den entsprechenden politischen Willen gibt. Hiermit ist die Erwartung der Gewerkschaften an den ANC umschrieben, endlich eine Phase des entschlossenen sozialen Wandels zugunsten der benachteiligten Bevölkerungsguppen einzuleiten, ähnlich wie in Brasilien. Hier hatte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva nach anfänglichen Schwierigkeiten während seiner ersten Amtszeit die Wiederwahl im Jahr 2006 genutzt, um über Maßnahmen wie die Erhöhung des Mindestlohns sowie den umfangreichen Ausbau von Arbeitsplätzen und von sozialen Programmen die Armut im Land zu reduzieren.

In dem den COSATU-Delegierten im September vorgelegten Geschäftsbericht wird von der Gewerkschaftsführung hervorgehoben, dass sie einen solchen «Lula-Moment» auch für Südafrika fordert, es jedoch nicht möglich sei, diesen einfach eins zu eins nachzuahmen. Für die Ausgestaltung des südafrikanischen «Lula-Moments» bedarf es folglich weiterer Diskussionen in den Gewerkschaften. Für die Vertreter der Metallarbeiter geht diese Haltung allerdings nicht weit genug, da sie die entscheidende Frage im Besitz und in der Kon-

trolle der Produktionsmittel sehen: «In 18 Jahren haben wir es nicht geschafft, die Ökonomie in Südafrika zu verändern», bilanzierte Irvin Jim, der Generalsekretär von NUMSA, auf dem Gewerkschaftskongress. Jim warb für eine radikale ökonomische Alternative und eine an der vollständigen Umsetzung der «Freedom Charter» orientierten Wirtschaftspolitik sowie ein entsprechendes Aktionsprogramm. Oder wie ein weiterer Delegierter kommentierte: Südafrika brauche keinen «Lula-Moment», sondern einen «Freedom-Charter-Moment». Die «Freedom Charter» von 1955 gilt als zentrales Dokument der Befreiungsbewegung und ist faktisch das offizielle Programm des ANC. Sie beinhaltet neben der Forderung nach politischen Freiheiten und grundlegenden Menschenrechten auch die Forderung nach sozialen Rechten wie dem freien Zugang der Bevölkerung zu sozialen Dienstleistungen und Wohnungen sowie der Kollektivierung von Bodenschätzen und der staatlichen Lenkung der Wirtschaft.

In der Abschlusserklärung des COSATU-Kongresses wird sowohl auf den «Lula-Moment» als auch auf die «Freedom Charter» Bezug genommen. Der Dachverband fordert darin einen radikalen Wandel in der Wirtschaftspolitik. Hierzu gehört eine stärker interventionistische Rolle des Staates bei der Bekämpfung der südafrikanischen Krise von Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit sowie die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und der sich in privater Eigentümerschaft befindlichen Zentralbank Südafrikas. Durch Landenteignungen ohne Kompensation soll die durch Kolonialisierung und Apartheid erzwungene ungerechte Landverteilung in Südafrika beseitigt werden. Darüber hinaus hält COSATU am Verbot von Leiharbeit fest und setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn sowie eine soziale Grundsicherung ein. Wie gegen Armutslöhne und das noch aus der Zeit der Apartheid stammende extreme Lohngefälle konkret vorzugehen ist, soll auf einer Konferenz zu «Bargaining, Campaigns and Organizing» im nächsten Jahr diskutiert werden. Des Weiteren verlangen die Gewerkschaften von der Regierung eine entschiedene Korruptionsbekämpfung. Entschieden abgelehnt wird die Privatisierung öffentlicher Güter. Für den Fall, dass die ANC-Regierung doch noch versuchen sollte, eine Autobahnmaut einzuführen, hat COSATU bereits weitere Massenaktionen angekündigt. Die Gewerkschaften lehnen die mit dem Bezahlsystem einhergehende «Privatisierung der Straße» entschieden ab und warnen vor den sozialen Folgen wie der Verteuerung der Lebensmittelpreise.

Um zu unterstreichen, dass COSATU es mit seinen Forderungen nach einem Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ernst meint, hat der Dachverband außerdem bereits das Verfahren zur Durchführung eines Generalstreiks eingeleitet. Es kann daher mit einem zweiten landesweiten Generalstreik noch in diesem Jahr gerechnet werden.

ZURÜCK ZU DEN ANFÄNGEN – «ORGANISIEREN ODER STERBEN»

Auch wenn die Mitgliederentwicklung von COSATU positiv ausfällt – zwischen 2009 und 2012 wuchs ihre Zahl um mehr als elf Prozent auf fast 2,2 Millionen –, verordnete sich der Dachverband eine selbstkritische Bestandsaufnahme und mahnte Initiativen zur organisatorischen Erneuerung an. Bereits vor den Ereignissen in Marikana, bei denen 34 streikende Minenarbeiter von der Polizei getötet wurden, hatte Generalsekretär Vavi eine Diskussion über die wachsende soziale Distanz zwischen Gewerkschaftsführung und Mitgliedschaft angestoßen. Diese Debatte hat vor dem Hintergrund der wil-

den Streiks in Marikana und in anderen Minen in der Gegend von Rustenburg eine neue Bedeutung erhalten. So lautete ein Vorwurf der dort Streikenden an die National Union of Mineworkers (NUM), diese habe sich zu weit von der Basis und deren Anliegen entfernt und stünde inzwischen dem Management näher als den Arbeitern.

Die Zunahme von wilden Streiks setzt die COSATU-Gewerkschaften zunehmend unter Druck. Der Gewerkschaftskongress beschloss im September ein «Zurück zu den Wurzeln» und erklärte, das Prinzip der demokratischen Kontrolle der Gewerkschaftsfunktionäre durch die Mitgliedschaft wieder stärken und der Gefahr der Bürokratisierung der Strukturen mit Kampagnen und einer stärkeren Bewegungsorientierung entgegenwirken zu wollen. Der 1985 gegründete Dachverband COSATU verdankte seine Stärke trotz staatlicher Repression insbesondere den intensiven Bemühungen zum Aufbau betrieblicher und demokratischer Organisationsstrukturen. Um diese wiederzubeleben, sei ein «Mentalitätswechsel» innerhalb der Gewerkschaften notwendig. Die Gewerkschaften sollen sich wieder stärker an den Erwartungen ihrer Mitglieder an der Basis orientieren, was mit dem Slogan «Organisieren oder sterben» auf den Punkt gebracht wurde. Dies gilt auch für das wachsende Segment prekärer und informeller Arbeit.

Bislang ist die Gruppe der irregulär Beschäftigten eine Minderheit innerhalb der Gewerkschaften. Einer Befragung zufolge verfügen 92 Prozent aller Mitglieder in den COSATU-Gewerkschaften über einen unbefristeten Arbeitsvertrag, was zum Ausdruck bringt, dass es diesen bisher nur unzureichend gelungen ist, Organisationserfolge im Bereich atypischer und informeller Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Dieses Defizit wird auch von COSATU selbstkritisch bilanziert. «Wir gehen offenkundig nicht genug auf die unsicheren Beschäftigungssektoren ein, weder als Einzelgewerkschaften noch als COSATU», heißt es im Organisationsbericht von COSATU. Die wachsende Unzufriedenheit mit unsicheren Arbeitsverhältnissen und Armutslöhnen führt zu einer Zunahme an sogenannten wilden Streiks ohne Gewerkschaftsbeteiligung, zum anderen untergräbt das Repräsentationsdefizit auch die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, was seinen Ausdruck nicht zuletzt in dem immer häufiger stattfindenden Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrechern findet. COSATU hat aber offenbar die Notwendigkeit erkannt, Strategien inklusiver Solidarität zu entwickeln, um dem Anspruch treu zu bleiben, für die gesamte Arbeiterklasse in Südafrika zu sprechen. Dementsprechend beinhaltete die Abschlusserklärung des Kongresses im September den Beschluss, auch verstärkt «die Unorganisierten zu organisieren, insbesondere die Farmarbeiter und andere ungeschützte und ausgebeutete Arbeiter, mit dem Ziel alle Beschäftigten unter dem Schirm des mächtigen Dachverbandes zu bringen».

KONFLIKT UM INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSORGANISATION

Eine weitere Frage, die innerhalb von COSATU heftig umstritten ist, ist die nach der internationalen Gewerkschaftszugehörigkeit. COSATU ist seit 1997 Mitglied der International Trade Union Confederation (ITUC) bzw. dessen Vorläufer, während mehrere Einzelgewerkschaften der World Federation of Trade Unions (WFTU) angehören und auf dem Kongress dafür warben, dass auch COSATU dieser beitreten möge. Bis zum Fall der Berliner Mauer existierte im Prinzip eine Zweiteilung: Während des Kalten Krieges hatten sich die meisten Gewerkschaften in den westlichen kapitalistischen Ländern in

den Vorgängerorganisationen der ITUC zusammengeschlossen, während die Gewerkschaften in der Einflussosphäre der Sowjetunion Mitglied in der WFTU waren. Die 2006 wiederbelebte WFTU versteht sich heute als antikapitalistischer und sozialistischer Zusammenschluss, ist aber nicht unumstritten, gehören ihr doch mehrere undemokratische Staatsgewerkschaften aus Ländern wie Nordkorea und Syrien an. Zudem bestehen Zweifel an ihrer tatsächlichen Organisationsstärke und Mitgliederzahl, die sich auf 80 Millionen belaufen soll. Demgegenüber ist die ITUC eine große Organisation mit mehr als 175 Millionen Mitgliedern in 153 Staaten, der jedoch eine zu starke sozialpartnerschaftliche Orientierung sowie eine zu geringe Berücksichtigung der Interessen der Gewerkschaften im Globalen Süden vorgehalten wird.

Mittlerweile sind mehrere mitgliederstarke Einzelgewerkschaften von COSATU wie NUMSA, POPCRU oder die öffentliche Dienstleistungsgewerkschaft NEHAWU der WFTU beigetreten und wollen, dass COSATU ihrem Beispiel folgt. Die ITUC-Leitung hat bereits eine Zugehörigkeit zu beiden Weltverbänden ausgeschlossen. In der Diskussion auf der zurückliegenden COSATU-Tagung hat sich gezeigt, dass die meisten Gewerkschaften politisch eine größere Sympathie für die WFTU haben, aber gleichzeitig ihre Mitgliedschaft in dem organisatorisch starken internationalen Konkurrenzverband nicht aufgeben wollen. Ein Delegierter brachte es auf den Punkt: Es sei nicht ratsam, einem Slogan beizutreten und aus einer Organisation auszutreten. Am Ende der Beratungen stand dann ein Formelkompromiss, der beide Seiten (zumindest vorübergehend) zufriedenstellte: Im Prinzip wurde der Beitritt zur WFTU beschlossen, die Modalitäten einer Doppelmitgliedschaft sollen aber noch mit den beiden internationalen Verbänden abgeklärt und das Ergebnis in den Einzelgewerkschaften und den Führungsgremien von COSATU diskutiert werden. Dies bedeutet einerseits eine politische Willensbekundung zugunsten der WFTU, andererseits aber auch, dass sich voraussichtlich bis zum Ende der Beratungen und damit auf absehbare Zeit erst einmal faktisch nichts ändern wird. Die endgültige Entscheidung wurde somit vertagt.

FAZIT

COSATU wird weiterhin die soziale Krise in Südafrika beim Namen nennen. So ist in der Abschlusserklärung des Gewerkschaftskongresses im September festgehalten: «Das schockierende Ausmaß an Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit liegt den zunehmend gewalttätigen Protesten zugrunde, die wir sowohl am Arbeitsplatz als auch in den Nachbarschaften und Stadtteilen beobachten können. Dies schafft, was wir bis vor kurzem «tickende Zeitbomben» genannt haben. Angesichts der Ereignisse in den Minen und den zunehmenden Auseinandersetzungen um die Versorgung mit sozialen Dienstleistungen müssen wir nun von «explodierenden Bomben» sprechen.» Zudem weisen laut Rechnungsprüfung nur acht Prozent aller öffentlichen Einrichtungen auf nationaler Ebene und nur fünf Prozent aller südafrikanischen Kommunen eine korrekte Buchführung auf, worauf der Generalsekretär Vavi wiederholt hingewiesen hat, um den Handlungsdruck deutlich zu machen.

Ein zentrales Ergebnis des Gewerkschaftskongresses ist, dass die politische Unabhängigkeit des Dachverbandes verteidigt wurde. Es ist den regierungsnahen Kräften in der Dreierallianz sowie in den Gewerkschaften nicht gelungen, COSATU, wie die Presse es zugespitzt auf den Punkt brachte, zu einem «Schoßhund der Regierung» zu machen. Statt-

dessen hält der Dachverband am Anspruch fest, falls nötig auch in Opposition zur Regierungspolitik und zum ANC den benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine Stimme zu verleihen und ihre Interessen zu vertreten. Der Gewerkschaftsdachverband bleibt folglich ein politischer Akteur, was aber eben nicht mit Parteipolitik gleichzusetzen und darauf zu reduzieren ist. Um den «Lula-Moment» und die «Freedom Charter» Wirklichkeit werden zu lassen, braucht es einen starken Gewerkschaftsverband in Südafrika, der auch weiterhin zum Mittel der öffentlichen Kritik greift und Druck entfaltet.

Die Zunahme von wilden Streiks ist als ernst zu nehmendes Anzeichen für die massive Unzufriedenheit der südafrikanischen Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihrer Lebens- und Beschäftigungssituation sowie mit ihrer gewerkschaftlichen Vertretung zu werten. Der Kongress hat eine Resolution zu Marikana beschlossen, in der unter anderem die Einsetzung einer Kommission gefordert wird, die sich mit den Arbeitsbedingungen im Bergbau beschäftigen soll. Was dieses Dokument sowie die ihm vorangegangenen Beratungen jedoch vermissen lassen, ist eine kritische Auseinandersetzung mit der unrühmlichen Rolle der Bergarbeitergewerkschaft NUM und des Verbandes COSATU, der auf den Arbeitskampf in Marikana und das Massaker durch die Polizei doch eher verhalten reagiert hat.

Dennoch weisen die organisationspolitischen Beschlüsse des Kongresses zur Stärkung der Basisarbeit, zur Organisation prekär Beschäftigter und der Verringerung der sozialen Distanz zwischen Gewerkschaftsführung, den Gewerkschaftsvertretern in den Betrieben und den Mitgliedern in die richtige Richtung. Dazu gehört auch, als Gewerkschaft wieder stärker auf die Stimme der Beschäftigten zu hören und ihre Anliegen ernster zu nehmen. COSATU hat im Nachgang zum Kongress damit begonnen, im Bergbau das Heft des Handelns wieder stärker in die Hand zu nehmen und sich zusammen mit der NUM hinter die legitimen Forderungen der streikenden Minenarbeiter für eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen zu stellen. Damit versucht der Dachverband auch einen Weg aus der Defensive zu finden, in die sich NUM und damit auch COSATU in den letzten Monaten manövriert hatten. Trotz der Vertagung zentraler Entscheidungen besteht kein Zweifel daran, dass COSATU die Zeit bis zum nächsten Parteitag des ANC im Dezember nutzen wird, um den politischen Druck für eine dringend notwendige Umverteilungspolitik in Südafrika zu erhöhen.

Carmen Ludwig ist Gastwissenschaftlerin am Society, Work and Development Institute der Witwatersrand-Universität in Johannesburg. Sie forscht zu Organisationsstrategien südafrikanischer Gewerkschaften und ist Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-130 · Fax -122
heine@rosalux.de · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Oktober 2012
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling